

Themen der Weisheitslehren
ebö

auf dem Wege zur Weltgemeinschaft

Die alte Welt — Die Neue Welt

Arabellion

Wir erleben eine gesellschaftliche Explosion

Zwischen Religion und Reform

Araber — GESCHICHTE

Geheimlehre von H.P. Blavatzky

Abstammung der Araber

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG JANUAR 2012

Die alte Welt — Die Neue Welt

Arabellion

Wir erleben eine gesellschaftliche Explosion

Ein Gespräch mit dem Deutschland-Korrespondenten

von Al Dschazira, Aktham Suliman

Agyptens Regierung handelt autoritär und lässt internationale Einrichtungen schließen. Ist die „Arabellion“ schon am Ende? Da scheint der Westen zumindest mit seinem Latein zu sein. Das Internet hat weniger bewirkt, als man denkt.

Die Aufstände in Tunesien und Ägypten wurden in westlichen Medien als „Facebook-Revolutionen“ bezeichnet. Würden Sie diesen Begriff auch verwenden?

Ich habe diese Bezeichnung nie für richtig gehalten, denn Facebook und andere neue soziale Medien wie Youtube oder Twitter tragen dazu bei, Dinge zu verbreiten, Kommunikation herzustellen. Aber ob sie Revolution oder Aufstände überhaupt erst möglich machen, daran zweifle ich sehr stark. Die Französische Revolution hatte kein Facebook, die Oktoberrevolution hatte kein Al Dschazira. Ich denke, die inneren gesellschaftlichen Widersprüche in den unterschiedlichen arabischen Ländern sind das Thema. Und ich fürchte, dass wir die Analyse dieser Widersprüche hier im Westen unbewusst ausklammern, Widersprüche, die automatisch dazu führen, dass eine gesellschaftliche Explosion stattfindet, manchmal im negativen, manchmal im positiven Sinne.

Wenn nicht die jungen Internetaktivisten, wer hat die Aufstände gemacht?

In Tunesien waren und sind die Gewerkschaften sehr stark. Außerdem ist die Analphabetenrate dort sehr niedrig und das Selbstverständnis der Bürger sehr entwickelt, was die Entwicklung beschleunigt hat. In Ägypten spielten andere Faktoren eine Rolle, aber auch hier hat sich in den vergangenen zehn Jahren eine aktive zivile Gesellschaft herausgebildet – das führte zu mehr Individualisierung und einem anderen Verhältnis zum Staat als in anderen arabischen Ländern.

In Syrien hob Präsident Assad das Verbot von Youtube und Facebook auf. War das eine Liberalisierung, oder fiel dem Staat die Repression dann leichter?

Jedes Instrument lässt sich so oder so benutzen. Viel gebracht hat Assad der Schritt nicht: Die Menschen gingen kurz darauf auf die Straße gegen ihn. Zweitens, ohne jetzt Kausalitäten herzustellen: Ich glaube nicht, dass die Leute, die im Norden Syriens demonstrieren, das mit den Leuten im Süden über das Internet abgesprochen haben. Deswegen halte ich es auch für

falsch, Facebook, Internet und Satellitenfernsehen als Ursache für die Aufstände zu verstehen. Ein wichtiges Begleitinstrument aber, das waren sie auf jeden Fall.

Warum wurde die Rolle der neuen sozialen Medien im Westen so betont?

Es ist zur Mode geworden, zumindest einen Teil der Aufstände – und ich spreche bewusst nicht von Revolutionen, weil diese mehr Theorie und Zukunftsvision bedürfen – den neuen sozialen Medien zuzuschreiben. Auf gewisse Weise stimmt es, dass junge Leute aus der Mittelschicht zu den geheimen Anführern dieser Aufstände wurden. Sie gaben den Menschen das Gefühl, nicht mehr allein zu sein. Man hat manchmal in bestimmten autoritären Staaten das Gefühl, bescheuert zu sein, weil die Masse nicht so denkt wie man selbst. Facebook, Satellitenfernsehen, die ganzen neuen Medien gaben vielen plötzlich eine zuvor nicht dagewesene soziale Haut. Und auch der Schweigespiralenansatz kam zum Greifen: Man konnte plötzlich das Gefühl haben, zur Mehrheit zu gehören und sich frei bewegen zu können mit seiner Meinung, ganz unabhängig davon, ob das tatsächlich stimmte.

Welche Rolle spielte Al Dschazira?

Al Dschazira, aber auch Al Arabija hat vielen Menschen eine Stimme verliehen und das Gefühl gegeben, als Subjekte wahrgenommen zu werden. Das war vorher nicht so. Außerdem hat das Satellitenfernsehen Vergleichsmöglichkeiten angeboten – als es in Tunesien losging mit dem Aufstand, konnten das die Ägypter sehen, die Libyer, die Syrer. Das hat zu einem Ansteckungseffekt geführt. Aber natürlich müssen solche Ereignisse von der Politik auf die Agenda gesetzt werden: Von den Unruhen in Saudi-Arabien Ende des Jahres nahm die Welt kaum Notiz. Von dort gibt es keine Bilder, was für unsere visualisierten Gesellschaften, für das visualisierte Weltdorf, in dem wir leben, entscheidend wäre.

Aus Syrien hat Al Dschazira anfangs kaum berichtet, aus politischer Rücksicht auf Assad, der von Qatars Machthaber zunächst noch gestützt wurde.

Hier kommen wir zum Unterschied zu den westlichen Medien. Al Dschazira ist finanziell abhängig von Qatar. Und auch wenn sich die Regierung in der Regel nicht in redaktionelle Belange einmischt, ist nicht von der Hand zu weisen, dass der einzelne Journalist sehr genau weiß, welche politischen Interessen sein Arbeitgeber verfolgt – und wo er die Schere im Kopf anzusetzen hat. Das war im Falle Tunesiens nicht nötig: Friedliche Demonstranten waren unterwegs, und Mohammed Bouazizi ist inzwischen wirklich ein arabischer Held, der kein Regierungsgebäude angegriffen, kein westliches Flug-



Aktham Suliman leitet das Deutschland-Büro von Al Dschazira seit 2002. Foto dpa

zeug entführt, sondern sich selbst angezündet hat, weil er so verzweifelt war. Da war es nicht schwierig für Journalisten und Medienhäuser, sich zu solidarisieren. Aber nicht nur das tunesische, auch das ägyptische Regime hat es uns leichtgemacht: Dadurch, dass Mubaraks Apparat die Demonstrationen tabuisierte, konnte Al Dschazira als revolutionär erscheinen. Dabei haben wir doch nur berichtet.

Trotzdem 'schlägt sich Ihr Sender politisch auf die eine oder andere Seite.

Man darf nicht vergessen, wie schnell der Funke von Tunesien Anfang des Jahres auf andere arabische Staaten übersprang. Da waren wir als Medium auf einmal mittendrin. In so einer Atmosphäre und ohne Rückhalt im juristischen oder politischen Sinn, wie ihn das Grundgesetz in Artikel 5 der Unabhängigkeit der Medien einräumt, fängt auch Al Dschazira an, hier und da vieles zu versäumen. Meine Erfahrung nach zehn Jahren bei dem Sender ist: Da, wo die Linien klar sind, ist

Al Dschazira stark. Doch dort, wo die Linien nicht so eindeutig verlaufen, geraten wir in die Kritik – bei der Berichterstattung über den Bruch zwischen Hamas und Fatah etwa oder bei unseren Beiträgen über den sunnitisch-schiitischen Konflikt nach Ende des Irak-Kriegs. Da handelten wir uns wahlweise den Vorwurf ein, als Handlanger der qatarischen Regierung zu agieren oder als Sympathisanten von Al Qaida oder als antischiitisches Medium. Hier stoßen wir an unsere Grenzen. Denn auch wenn, man unabhängig ist, senden wir natürlich aus einem arabischen Land, und dieses Land hat eine Politik, eine Tatsache, die am Sender und dessen Journalisten nicht spurlos vorbeigeht.

So Partei ergriffen für die Aufständischen in Ägypten oder Tunesien wie Al Dschazira haben westliche Medien nicht.

Was übersehen wird bei der Kritik an Al Dschazira oder arabischen Politiker, ist Folgendes: Handelt es sich um eine spezifische Kritik, die Al Dschazira als arabisches Medium betrifft, oder eine breitere Kritik, die allgemeine Medienphänomene wie Agenda-Setting, einseitige Berichterstattung, die Abhängigkeit von Politik oder die Entstehung von Nachrichtenfaktoren und Feindbildern umfasst? Kommt es am Ende nicht darauf an, ob es sich ein Journalist leisten kann, seinen eigenen Chefredakteur zu kritisieren? Wenn wir über die Macht der neuen elektronischen Medien sprechen, die Überflutung durch Handyvideos, den sogenannten Bürgerjournalismus oder die mangelnde Zeit nachzudenken, trifft das in Marokko ebenso zu wie in Iran oder Frankreich. Das sind Gefahren für Journalismus weltweit. Zu sagen, nur Al Dschazira übertreibt, ist manchmal auch ein Rechtfertigungsversuch für die Zwänge, denen man selbst unterworfen ist. Ich behaupte, unsere punktuelle Berichterstattung erzeugt punktuell denkende Menschen und damit die Gefahr, dass Zusammenhänge verlorengehen.

Im Westen macht man sich Sorgen über das starke Abschneiden von Salafisten und Muslimbrüdern bei den Wahlen in Ägypten, Tunesien und Marokko.

Solange diese Kräfte wählbar und ab-

wählbar sind, gibt es für mich kein Problem. Das fängt erst an, wenn sie nicht mehr abzuwählen wären – ganz gleich, ob es sich um Islamisten, Nationalisten oder Sozialisten handelt. Ob die gewählten Kräfte meinen persönlichen Geschmack oder den im Westen treffen, finde ich in diesem Zusammenhang unwesentlich. Schließlich geht es um Millionen von Menschen, die auf der Suche sind nach Zukunft, nach Perspektive. Sollen sie das doch ausprobieren können, Verteufeln hilft da sicherlich nicht weiter. Außerdem darf man nicht übersehen, dass dieser Trend hin zu islamistischen Kräften nicht von heute auf morgen begann, sondern ein Prozess der vergangenen zwanzig Jahre ist – mit zwei Kriegen im Irak, den Anschlägen vom 11. September und dem Einmarsch westlicher Truppen in Afghanistan. Ein Prozess übrigens, der nicht nur die arabische Welt berührt: Als ich Anfang der neunziger Jahre nach Deutschland kam, sprach man von uns noch als Arabern. Irgendwann waren wir nur noch Muslime.

Dass der Übergang vom autoritären Regime Mubaraks hin zu einem pluralistischeren System allenfalls am Anfang steht, zeigt die Anordnung des ägyptischen Militärrats, die Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung und amerikanischer Einrichtungen in Kairo durchsuchen zu lassen.

Für uns als kritisches Medium bietet sich fast das gleiche Bild wie unter Mubarak: Wir müssen die Hintergründe für ein solches Vorgehen aufzeigen, ganz unabhängig davon, ob es vom *ancien régime*, dem Militärrat oder in Zukunft vielleicht von einer religiösen Regierung ausgeführt wird. Wir müssen klarmachen in unseren Berichten, dass keine Exekutive ohne weiteres ohne Verdacht gesellschaftliche Gruppierungen angreifen darf wie nun geschehen. Ob vor oder nach der Revolution, spielt dabei keine Rolle.

Die Fragen stellte **Markus Bickel**.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG NOVEMBER 2011

Zwischen Religion und Reform

Von *Rainer Hermann*

Außenstehende nehmen den Wandel, der sich in Saudi-Arabien vollzieht, kaum wahr. Schließlich ist der Koran die Verfassung des Landes, dürfen die dichtverschleierten Frauen nicht Auto fahren und befinden sich Mekka und Medina, die heiligsten Stätten des Islams, auf dem Boden des Königreichs. Und natürlich wurde Bin Ladin in Saudi-Arabien geboren und waren 15 der 19 Attentäter des 11. September 2001 saudische Staatsbürger. Diese Tatsachen prägen das Bild von Saudi-Arabien.

Lange war Saudi-Arabien ein freudloses Land. Die Geistlichkeit, die der puritanischen wahhabitischen Auslegung des Islams folgt, untersagte alles, was die Religion nicht ausdrücklich billigt. Kinos gibt es nicht, auch keine öffentlichen Konzerte, und gefeiert werden durften nur die beiden höchsten Feiertage des Islams, das Fest des Fastenbrechens zum Abschluss des Fastenmonats Ramadan und das Opferfest auf dem Höhepunkt der Pilgerfahrt, der Hadsch. Das Umdenken begann mit dem islamistischen Terror. Im Mai und November 2003 hatten Sprengladungen drei Wohnsiedlungen in Riad, in denen vorrangig Ausländer wohnten, und die Niederlassung einer amerikanischen Firma zerstört. Schon lange war es eine Forderung Al Qaidas gewesen, die „Ungläubigen“ aus dem Land der heiligen Stätten zu vertreiben. Die königliche Familie und die Regierung hatten jedoch kein Interesse daran, auf die amerikanische Schutzmacht zu verzichten, auf deren Ingenieure, Geschäftsleute und Berater sie angewiesen ist. Man beschloss, als Gegengewicht zum Extremismus die gemeinsame zivile Identität der Bürger zu stärken. In den Schulen wurde das Fach „Patriotismus“ eingeführt, und in einem seiner ersten Dekrete nach der Thronbesteigung am 1. August 2005 erklärte König Abdullah den 23. September, den Gründungstag des Königreichs, zu einem nationalen Feiertag.

Seither begehen vor allem Jugendliche den neuen Nationalfeiertag: mit kilometerlangen Autokorsos, bei denen sie die Nationalflagge schwenken, mit ausgelassenen Tänzen auf der Straße, mit Theaterstü-

cken. Am 23. September 2010 stellte der saudische Rapper Amarap Ammar ein Video vor mit dem Titel „Nie mehr getrennt!“. Saudi-Arabien ist wohl das einzige Land, in dem das Feiern des Nationalfeiertags auch subversives Handeln ist. Denn wer dieses weltliche Fest zelebriert, der tut das auch als Kritik an der wahhabitischen Geistlichkeit. In den saudischen Internetforen, die zu den lebendigsten der arabischen Welt zählen, wurde besonders an jenem 23. September 2010 auch Kritik an den geplanten Waffenkäufen im Wert von sechzig Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten geäußert. Das Geld solle besser in die Erziehung und in die Infrastruktur investiert werden, lautete der Tenor.

Weder der greise König noch die Jugend sehen einen Widerspruch zwischen ihrem Glauben, dem Islam, und ihrer Nation. König Abdullah spricht stets gleichzeitig von Religion und Nation, und die Jugendlichen verweisen darauf, dass auf der Flagge ihrer Nation ja das Glaubensbekenntnis ihrer Religion stehe. Doch das Gleichgewicht in der saudischen Gesellschaft hat sich verschoben. Als das Königreich 1932 gegründet wurde, sahen die meisten die Welt noch so wie die Geistlichen. Die Geistlichen denken noch immer so, die Gesellschaft aber hat sich verändert.

Auch der Blick auf die Vergangenheit ändert sich. Noch vor wenigen Jahrzehnten hatte die Zeit vor dem Islam als das „Zeitalter der Unwissenheit“ gegolten. Erst mit Mohammed und dem Islam hätten Kultur und Zivilisation auf der Arabischen Halbinsel Einzug gehalten, lernten die Muslime – bis Archäologen zu graben begannen. Was sie zutage förderten, stellt das vertraute Bild der vorislamischen Zeit auf der Arabischen Halbinsel auf den Kopf. Einen Überblick über die Funde boten 300 Exponate, die im September 2010 im Pariser Louvre gezeigt wurden. Stelen und Statuen, Keramiken und Schmuckstücke aus sechs Jahrtausenden erzählten eine Geschichte, die bislang nicht bekannt war. Sie zeigen, dass es auch auf der Arabischen Halbinsel menschliche Darstellungen gegeben hat und dass sie teilhatte an den Zivilisationen der Levante, Nordafrikas und des Mittelmeers. In diese Welt hinein predigte Mo-

hammed. Die Archäologie hat erst begonnen, unser Bild des vorislamischen Arabiens zu verändern.

Saudi-Arabien ist bis heute sehr konservativ, die Religion ist im Alltag präsent wie in wenigen anderen Ländern. Eine saudische Form der Apartheid trennt im öffentlichen Raum die Geschlechter. Und doch bröckelt auch diese Fassade. Das staatliche Fernsehen sendet jedes Jahr im Ramadan die populäre Satire „Tash ma tash“ (Ist nicht so wichtig). Im September 2010 nahm die Serie die Männer aufs Korn. Eine Frau verkleidete sich als Mann, spielte unter dem Gelächter der Zuschauer den Macho, vertrieb eine ihrer vier Frauen, um sich eine jüngere, attraktivere zu nehmen. In einer anderen Folge entdeckten zwei Brüder, dass sie im Libanon einen Verwandten hatten, dass dieser ein christlicher Priester sei, aber dennoch ein ganz netter Kerl. Die Ewiggestrigen liefen Sturm und verunglimpften die Sendung. Ihre Kritik blieb ohne Folgen.

Vor allem saudische Frauen machten in den vergangenen Jahren von sich reden, allen voran die Zahnärztin Raja Alsanei. Im Jahr 2005 veröffentlichte sie „Die Mädchen von Riad“. Vier junge Frauen treten über E-Mail in Kontakt mit Männern und erfüllen ihre Sehnsüchte nach Sex. Das Buch wurde in Saudi-Arabien zunächst verboten, ist seit 2008 aber überall erhältlich. Weitere Frauen begannen zu schreiben, unter ihnen Badriya al-Bishr und Samar al-Mejren. Im Schuljahr 2009/10 fand erstmals das Gedicht einer saudischen Lyrikerin in ein Schulbuch Eingang. Mehr als ein Drittel aller saudischen Frauen benutzen Facebook, doch nur selten geben sie ihre wahre Identität preis. Nur 15 Prozent der saudischen Frauen sind berufstätig. Der Anteil nimmt aber zu. In den Handelskammern sitzen erstmals Frauen im Vorstand, in der Handelsstadt Dschidda wurde eine Frau sogar stellvertretende Präsidentin. Ein Gesetz verlangt noch immer, dass in Unternehmen, die Frauen gehören, formal ein Mann an der Spitze steht. Das Handelsministerium, das die Zulassung für Unternehmen erteilt, lässt immer mehr Ausnahmen zu. An den Universitäten sind inzwischen mehr als die Hälfte aller Absolventen weiblich. Noch sind aber alle Universi-

täten streng nach Geschlechtern getrennt.

Als erste Hochschule lässt die im September 2009 eröffnete „King Abdullah University for Science and Technology“ (Kaust) Koedukation zu. Sie soll zu einem internationalen Forschungszentrum mit Professoren und Studenten aus aller Welt werden. Die 800 Erstsemester kamen aus 61 Ländern. König Abdullah nannte sie bei der Eröffnung „Leuchtturm der Toleranz“. Als Scheich Said al-Shethri, einer der führenden Religionsgelehrten, die Koedukation als unislamisch ablehnte und verlangte, den Lehrplan auf die Vereinbarkeit mit dem Islam zu überprüfen, entließ ihn König Abdullah kurzerhand aus dem „Rat der Hohen Geistlichen“ und auch aus der „Kommission für Forschungen und Fatwas“. Wenig später sagte ein anderer Religionsgelehrter im religiösen Fernsehsender Majd TV, Koedukation sei „eine große Sünde und ein großes Übel“ und wer Koedukation gutheißt, dürfe getötet werden. Daraufhin sperrte die Regierung seine Website, und die wichtigsten Zeitungen erinnerten daran, dass sich die Geistlichkeit lange der Einführung der Schulpflicht für Mädchen und der Beendigung der Sklaverei widersetzt habe.

Einreden wie diese bringen den König nicht von dem einmal eingeschlagenen Weg ab. Abdullah weiß, dass das Land eine breitgefächerte Wirtschaft braucht und vom Erdöl unabhängig werden muss. Um diese Ziele zu erreichen, muss er gesellschaftliche Hürden für eine Modernisierung aus dem Weg räumen. Eine ist die Trennung der Geschlechter. Sie verursacht hohe Kosten und schließt einen kreativen Teil der Gesellschaft aus. Unerwartet erhielt der König Unterstützung vom Leiter der gefürchteten Religionspolizei von Mekka, Scheich Ahmad al-Ghamdi. Im April 2010 erläuterte dieser in einem zweiseitigen Artikel in der Zeitung „Okaz“, dass die Trennung der Geschlechter kein Teil des Islams sei. Im Gegenteil sei es zu Lebzeiten des Propheten Praxis gewesen, dass die Geschlechter in der Öffentlichkeit miteinander verkehrt hätten. Die Trennung der Geschlechter sei eine

„weltliche Erfindung“. Das Oberhaupt der Religionspolizei entließ al-Ghamdi, musste die Entlassung nach einer Intervention der Regierung aber zurücknehmen.

Als Ghamdi sich über die Aufhebung der Geschlechtertrennung äußerte, war die Religionspolizei der Stadt Tabuk eines der wichtigsten Themen des Landes. Am 2. April hatte die Religionspolizei eine Frau festgenommen und brutal misshandelt. Die geschiedene Mutter hatte ihren Sohn in Tabuk besucht und wollte mit einem Bus in ihren Wohnort Dschidda zurückfahren. Die Religionspolizisten nahmen sie unter dem Verdacht fest, sie sei ihrem Mann entlaufen. Vorfälle wie diese schaden dem Ansehen der Religionspolizei, denn die Medien können über sie ungehindert berichten. Denn immer mehr Saudis sind es leid, von dieser rüde vorgehenden Gruppe belehrt zu werden, wie man sich als guter Muslim zu verhalten habe..

Saudi-Arabien verändert sich. Das Gesicht der Reformen ist König Abdullah bin Abdalaziz Al Saud. Der 1924 geborene Herrscher ist kein Redner, der die Menschen mit Worten in den Bann zieht. Vielmehr gewinnt er sie durch Bescheidenheit und Einfachheit, in denen die beduinische Herkunft erkennbar bleibt. Im Umgang mit den Stämmen des weiten Landes hat er sich politische Fähigkeiten angeeignet, die ihn nach seinem Halbbruder Faisal, dem König von 1964 bis 1975, zum zweiten großen Reformen Saudi-Arabiens werden lassen. Abdullah leitete nicht nur materielle Veränderungen ein, sondern auch einen Wandel in den Köpfen.

Seine überzeugtesten Anhänger findet er in der Jugend und bei den Frauen. In früheren Jahrzehnten war der Druck aus dem Ausland der Impuls für Veränderungen gewesen. Heute kommt er von innen. Die Frauen wollen mehr Freiheit, und die Jugend will bessere Erziehung, mehr Arbeit und eine Zukunft. Sie will an der Welt teilhaben, mit der sie über das Internet verbunden ist. Nur mit Reformen, wie sie König Abdullah in die Wege geleitet hat, werden sie Arbeit finden. Denn bis 2020 müssen

für die Schulabgänger vier Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zugleich verändert sich der Gesellschaftsvertrag, der die Grundlage Saudi-Arabiens bildet. Bis in die Gegenwart hat das 1744 geschlossene Bündnis zwischen dem ersten politischen Herrscher der Saud, Muhammad ibn Saud, und dem religiösen Reformier Muhammad ibn Abd al-Wahhab gehalten. Die Familie Ibn Abd al-Wahhab, die heute Al al-Sheikh heißt, legitimiert die Herrschaft der Al Saud, die wiederum gaben den Religionsgelehrten das Ideologiemonopol. Die Allianz stabilisierte das Land, erschwerte aber Veränderungen. Im 20. Jahrhundert bildete sich ein Dreieck heraus: Die königliche Familie beanspruchte die Sicherheits- und Außenpolitik, die Nachkommen von Ibn Abd al-Wahhab bestimmten die Gesellschafts- und Innenpolitik, das Bürgertum genoss alle wirtschaftlichen Freiheiten. Mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 setzten Änderungen ein. Die Al Saud warfen den Religionsgelehrten vor, sich mit dem Export des Dschihad in ihre ureigene Domäne eingemischt zu haben. Daher begannen sie, dem Klerus Kompetenzen zu entziehen, vor allem in der Justiz und im Erziehungswesen. Aufgewertet wurden das Bürgertum und die Gesellschaft.

Nicht alle in der königlichen Familie sind vom Reformkurs des Königs begeistert. Die Al Saud lassen sich in drei Fraktionen teilen: die Vollbrüder des 2005 verstorbenen Königs Fahd, die zwar ebenfalls gegen eine starke Rolle der Geistlichkeit sind, aber auch gegen eine Liberalisierung; die Nachkommen des 1975 ermordeten Königs Faisal, die wie Außenminister Saud al-Faisal Reformen begrüßen; schließlich der erst jetzt wachsende Flügel um den Reformkönig Abdullah. Die Geistlichkeit wiederum teilt sich in zwei Gruppen: Zum einen gehören ihr gewöhnliche Theologen an, die die Interpretation des Islams auf kleine Dinge reduzieren wie das Verbot von Bildern auf Geldscheinen und das Verbot von Frauen am Steuer. Die andere Gruppe will auch aktiv Politik treiben und die Regierung steuern. Das geht nicht mehr. Auch der Gesellschaft kann die Geistlichkeit nicht länger ihren Willen auf-

zwingen.

Weitgehend einig ist man sich in der königlichen Familie und in der Gesellschaft, dass sich das Land modernisieren und öffnen muss. Umstritten ist lediglich das Tempo. Was Ausländern, aber auch manchen saudischen Reformern, als Fortschritt in Zeitlupe vorkommt, das erscheint den meisten Saudis als eine atemberaubende Entwicklung. Da in Saudi-Arabien die Veränderungen immer von oben gekommen sind, muss die Führung behutsam vorgehen, um möglichst wenig Widerstand zu provozieren. Denn die Geistlichen und ihre Verbündeten versuchen, alle Änderungen zu hintertreiben.

Sichtbar wurde der Reformwille des Königs in der Regierungsumbildung vom Februar 2009, der ersten seit seiner Thronbesteigung im Jahr 2005. Erstmals überhaupt stellt die Familie der Al al-Sheikh seither weder den Minister für Justiz noch den für Erziehung, sondern nur noch den Großmufti. In beiden Ressorts, die für die Öffnung der Gesellschaft entscheidend sind, ersetzte der König Reformverhinderer durch loyale Gefolgsleute.

Entlassen hat der König auch den Vorsitzenden des Hohen Justizrats, Scheich Saleh Luhaidan, der sich für die Tötung der Eigentümer von Fernsehstationen ausgesprochen hatte, die „unmoralische Sendungen“ ausstrahlen. Die Kompetenzen des Hohen Justizrats, der mit Religionsgelehrten besetzt ist, wurden beschnitten. Zudem tauschte der König 300 führende Bürokraten aus, überwiegend in der Justiz. So übernahmen Richter neugeschaffene weltliche Gerichte, die vor allem für Wirtschaftsprozesse zuständig sind. Die Rechtsprechung wird erstmals kodifiziert, so dass der Ermessensspielraum der Richter eingeschränkt wird. Damit nimmt das Gewicht des weltlichen Rechts gegenüber der Scharia zu. Eine Neuerung ist ferner, dass seit Anfang 2010 Anwältinnen bei Gericht zugelassen sind.

An die Spitze des Erziehungsministeriums berief der König seinen Schwiegersohn Faisal bin Abdullah bin Muhammad Al Saud, zu dessen Stellvertreter für die Knabenschulen Faisal bin Muammar, der zuvor den erfolgreichen „Nationalen Dialog“ geleitet hatte, und für die Mädchen-

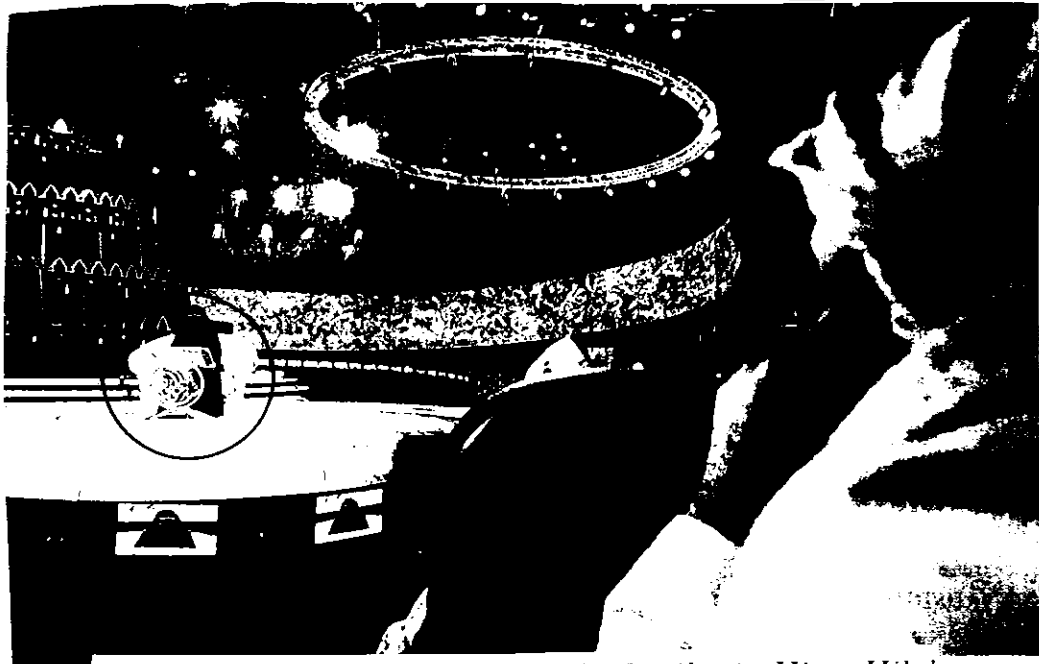
schulen die Pädagogin Noura al-Fayez, die als erste Frau am Kabinetttisch Platz nimmt. Als die saudischen Medien über ihre Berufung berichteten, stellten sie, ebenfalls ein Novum, neben die Nachricht ein Bild von ihr. Ferner ersetzte König Abdullah den Chef der Religionspolizei, den Hardliner Ibrahim al-Ghaith, der sich vehement der Einführung des Kinos widersetzt hatte, durch den geschmeidigeren Abdalaziz al-Humain. Der besprach darauf mit Akademikern und Menschenrechtsvereinigungen, welche Änderungen bei der Religionspolizei durchgeführt werden könnten.

Eine der wichtigsten Institutionen von König Abdullah ist der schon 2003 ins Leben gerufene „Nationale Dialog“. Er sollte eine Diskussionskultur schaffen und den Boden für Reformen bereiten. In den Foren des „Nationalen Dialogs“, die in der Hauptstadt wie auch in der Provinz stattfinden, diskutieren Menschen miteinander, die zuvor nicht miteinander kommunizieren konnten: Männer und Frauen, Sunniten und Schiiten, Reformen und wahhabitische Ewiggestrige. Wer ausgeschlossen war, fand im Dialog eine Plattform. Erstmals traten die Reformer Saudi-Arabiens miteinander in Kontakt.

Der „Nationale Dialog“ nahm sich auch des Themas „religiöser Extremismus“ an. Denn König Abdullah, die Al Saud und die Regierung sehen eine der vordringlichsten Aufgaben darin, den Einfluss militanter Islamisten auf die Gesellschaft einzudämmen und der Toleranz zu ihrem Recht zu verhelfen. Innenminister Nayef bin Abdalaziz Al Saud sagte 2008 sogar: „Wir haben ein Problem mit den Geistlichen.“

Die Gründung des Nationalen Forums im Jahr 2003 war kein Zufall. In jenem Jahr hatte Al Qaida den Terror gegen die Al Saud aufgenommen. Eines ihrer wichtigsten Ziele war der Sturz der Monarchie und die Errichtung eines islamischen Staats auf der Arabischen Halbinsel. Sie benutzten die Moscheen und das Internet zur Verbreitung ihrer extremistischen Ideen, über karitative Einrichtungen sammelten sie Gelder für den Terror.

Die Sicherheitskräfte gingen ohne Pardon gegen Al Qaida vor, so dass es seit 2006 keine schweren Anschläge mehr auf saudischem Territorium gegeben hat. Daneben sorgt ein Repatriierungsprogramm dafür, dass Dschihadisten ihrer Ideologie abschwören und wieder in die Gesell-



Verschleierte Kritik: Die saudische Lyrikerin Hissa Hilal erreichte im April 2011 das Finale der Fernsehshow „Million's Poet“ in Abu Dhabi

schaft eingegliedert werden können. Das Programm liegt in den Händen von Theologen und Psychologen, Verantwortung übernimmt vor allem die Familie des Umzuerziehenden. Innenminister Nayef, der am 27. Oktober zum Kronprinzen ernannt wurde, forderte, im Kampf gegen al-Qaida auch die ideologische Flanke abzusichern. Dazu erließ der „Rat der Hohen Religionsgelehrten“ am 12. April 2010 eine Fatwa über Terrorismus. Die führenden Theologen des Königreichs bezeichneten die Anschläge des 11. September 2001 sowie jene von Al Qaida in Saudi-Arabien und anderen Ländern als Akte des Terrors. Auch verurteilten sie die finanzielle Unterstützung für al-Qaida.

Als König Abdullah am 6. November 2007 auf eigenen Wunsch im Vatikan von Papst Benedikt XVI. empfangen wurde

und er auf diesen mit ausgestreckten Armen zuing, war dieses Signal an die westliche Welt gerichtet – aber noch mehr an die islamische Welt. Denn vielen Ländern ist es allen nichtmuslimischen Glaubensgemeinschaften verboten, ihren Glauben zu praktizieren. Als „Hüter der beiden heiligen Stätten“ und inoffizielles Oberhaupt der islamischen Welt wollte König Abdullah zeigen, dass er keine Scheu hat, auf Christen zuzugehen. Im Juni 2008 sprachen sich unter seinen Augen 600 sunnitische und schiitische Theologen dafür aus, eine Konferenz in Madrid über den Dialog zwischen den Religionen zu unterstützen. In Madrid selbst rief Abdullah am 17. Juli 2008 mehr als 300 Würdenträger aus allen Weltreligionen auf, aller Gewalt im Namen der Religion abzuschwören.

Auf die keineswegs bedrohlichen Proteste während des vergangenen Frühjahrs haben das Herrscherhaus und seine Verbündeten aber in traditioneller Weise reagiert. Obwohl es nur vereinzelt zu kleinen Kundgebungen kam und obwohl alle Reformpetitionen, in denen Intellektuelle raschere politische Reformen forderten, höflich formuliert waren, fürchtete das Establishment das Übergreifen der Protestwelle aus Nordafrika auf Saudi-Arabien. Das Königshaus ging auf politische Forderungen nicht ein, sondern schüttete das Füllhorn wirtschaftlicher Wohltaten aus, um die Unzufriedenheit einzudämmen. Die Sicherheitskräfte erstickten die Kundgebungen bereits im Keim, Kritik an der Geistlichkeit wurde wieder unter Strafe gestellt.

Die Maßnahmen trugen die Handschrift von Innenminister Nayef bin Abdulaziz Al Saud, einem der Falken innerhalb der königlichen Familie. Da König Abdullah und der mittlerweile verstorbene Kronprinz Sultan durch Krankheit geschwächt waren, oblagen immer mehr Regierungsgeschäfte dem Innenminister, damals der Nummer drei des Königshauses. Gegen Proteste wie in anderen arabischen Staaten blieb Saudi-Arabien auch deshalb weitgehend immun, weil die Reformer nur einen kleinen Teil der konservativen Bevölkerung hinter und den Großteil der sunnitisch-wahhabitischen Geistlichkeit gegen sich haben.

Unabhängig von den Kundgebungen, die vereinzelt in der schiitischen Ostprovinz stattfanden, in Riad aber unterdrückt wurden, diskutierten politische Aktivisten über drei Reformpetitionen, die Demokratie, Transparenz und Menschenrechte forderten. Die erste war der offene Brief der vierzig „Jugendlichen des 23. Februar“ an den König Abdullah, die zweite die „Nationale Deklaration für Reform“, die 580 liberale saudische Intellektuelle, unter ihnen schiitische, unterzeichnet hatten. Islamisten veröffentlichten ferner die Petition „Zu einem Staat der Rechte und der Institutionen“, die mehr als 2500 Saudis unterzeichneten, unter ihnen der prominente Prediger Salman al-Audah, der einflussreichste saudische Theologe. Im Unterschied zu früheren Reformpetitionen wurden diese von mehr Saudis unterstützt – und sie wurden konkreter.

So enthält die „Nationale Deklaration für Reform“ zwölf Reformwünsche. Sie reichen von den Anforderungen an eine Verfassung über die Einführung des Rechtsstaats mit der Gleichheit vor dem Recht über die Unabhängigkeit der Justiz bis zur Besserstellung der Frauen. Vor allem fordern sie eine konstitutionelle Monarchie und die Wahl der Legislative. Im Vokabular liest sich die Petition der islamistischen Reformer ähnlich. Selbst wenn sie Begriffe wie „Pluralismus“ anders auslegen, hat sich ihr Diskurs im vergangenen Jahrzehnt erheblich verändert. Anders als früher wurde keiner der Unterzeichner der drei Petitionen verhaftet.

Dennoch gehen die königliche Familie und der Staatsapparat gegen die neue Welle von Reformforderungen vor. Verhaftet wurden sieben Gründungsmitglieder der „Islamischen Umma-Partei“; politische Parteien sind in Saudi-Arabien verboten. Andererseits hat Salman bin Abdulaziz Al Saud, von 1962 bis 2011 Gouverneur der Provinz Riad und seit Anfang November Verteidigungsminister, Vertreter der Reformer empfangen. Muhammad bin Fahd Al Saud, der Gouverneur der Ostprovinz, besuchte Qatif, das Zentrum der Schiiten.

Der März 2011 war für Saudi-Arabien auch deshalb kritisch, weil sich die Proteste der schiitischen Mehrheit gegen die re-

gierende sunnitische Minderheit im benachbarten Bahrein zuspitzten. Am 15. März entsandte Saudi-Arabien Truppen in das Nachbarland, um der bedrängten Herrscherfamilie Al Khalifa bei der Niederschlagung der Proteste zu helfen. Die Saudis nahmen die Verschlechterung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten in Kauf, die auf eine politische Lösung des Konflikts in Bahrein gedrungen hatten. Doch Saudi-Arabien war nun um die Zukunft der Golf-Monarchien besorgt und schwenkte auf eine von Washington unabhängigere Linie in der Außenpolitik ein. Die rote Linie, die nicht überschritten werden durfte, war, dass das Königreich Bahrein der sunnitischen Herrscherfamilie Al Khalifa nicht eine Republik werden dürfe.



Aktualisierter Auszug aus: Rainer Hermann,
Die Golfstaaten. Wohin geht das neue Arabien?
München 2011.

Brockhaus Enzyklopädie

Araber

GESCHICHTE

Das polit. Schwergewicht lag *bis zum Beginn der islamischen Zeit* im Süden (lat. **Arabia Felix**, arab. **Jemen**), dem Land des Weihrauchs und der Karawanenhandelsplätze. Hier bestanden im 1. Jahrtsd. v. Chr. mehrere selbständige Reiche, so die der → Sabäer (Saba) und der → Minäer (Main). Um 300 n. Chr. bildete sich ein Großreich. Später griffen die Abessinier wiederholt in die Geschicke des Landes ein; 525 nahmen sie es als Statthalterschaft in eigene Verwaltung. Um 575 wurde die abessin. Oberhoheit durch die der Perser (Sassaniden) abgelöst. Mit ihnen kamen nestorian. Einflüsse (→ Nestorianer) ins Land.

In Innerarabien einschließlich des heutigen Hidjas entwickelten sich infolge des nomad. Lebens der Beduinen die Siedlungen in den Oasen und die Handelsniederlassungen entlang der Weihrauchstraße (wie Mekka) nicht zu Staaten. Nur in der Nähe des Kulturlandes waren Staatenbildungen möglich. Südöstlich von Palästina entstand so das Reich der Nabatäer mit den Städten Petra und Hegra (in den letzten Jahrhunderten v. Chr. bis zur Eroberung durch TRAJAN 106 n. Chr., danach röm. Prov. **Arabia**), nördlich der syrischen Steppe das Reich von Palmyra (bis 272 n. Chr.). Danach war zeitweise eine Konföderation der Stämme der → Kinda bedeutsam (5. Jh.). Kurz vor dem Aufkommen des Islam war dem byzantin. Herrschaftsbereich in Syrien und Palästina das halb staat-

liche, halb beduinische Machtgebilde der → Ghassaniden vorgelagert (im Gebiet des Hauran). Ähnlich waren südwestlich von Mesopotamien die → Lachmiden (mit Sitz in Hira) der pers. Oberhoheit unterstellt.

Bis zum 18. Jahrhundert: Mit MOHAMMED begann die religiöse und polit. Einigung. Die auseinanderstrebenden Stämme nahmen den Islam an und fügten sich, endgültig allerdings erst nach MOHAMMEDS Tod (632), der Zentralregierung von Medina. Südarabien wurde in das neue Gemeinwesen eingegliedert. Die jüd. Siedlungen in NW-Arabien wurden zerstört, die im Jemen blieben erhalten. Mekka und Medina sind seit dieser Zeit mit ihrer Umgebung für alle Nichtmuslime gesperrt. Das polit. Schwergewicht des neuen Staates, der sich in wenigen Jahrzehnten zu einem Weltreich ausweitete, verlagerte sich allerdings bald aus A. in die angrenzenden Kulturländer. Medina hörte unter ALI auf, Sitz der Regierung zu sein. Unter den Omayyaden (661–749/50) war Damaskus Hauptstadt des Weltreichs, unter den Abbasiden (750–1258) Bagdad (838–883 Samarra). Innerarabien fiel in der Folge wieder in einen staatlich ungeformten Zustand zurück; die Abgeschlossenheit nach außen wurde nur durch die Kriegszüge der → Karmaten (10. Jh.) und die jährlich nach Mekka strömenden Pilgerkarawanen durchbrochen.

Die Randgebiete, bes. Süd- und Ostarabien, begannen sich früh zu verselbständigen. Zu Beginn der Neuzeit setzten sich die Portugiesen in Maskat fest (1506), während die Osmanen mit wechselndem Erfolg versuchten, den Jemen, al-Hasa (am Pers. Golf) und Hidjas (mit Mekka und Medina) unter ihre Herrschaft zu bringen (16.–20. Jh.).

Bis zum Ersten Weltkrieg: Im 18. Jh. kam es in Innerarabien, im Nedjd, in enger Verbindung mit der islam. Reformbewegung der → Wahhabiten zur Bildung eines dauerhaften Reiches, das sich nach schweren Rückschlägen im 19. Jh. und um 1900 unter Abd al-Asis → Ibn Saud zu einer neuen polit. Kraft auf der Arab. Halbinsel entwickelte. Infolge der Besetzung Adens durch die Engländer (1839) und der Eröffnung des Suezkanals (1869) war A. schon im 19. Jh. dem weltpolit. Kräftefeld nahegerückt. Der Imam JAHJA im Jemen aus der saidit. Dynastie hatte sich kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit den Türken geeinigt und hielt diesen die Treue; ebenso war der Emir von Hail protürkisch eingestellt. IBN SAUD hielt eine Großbritannien wohlwollende Neutralität ein. Entscheidend wirkte der Großscherif von Mekka, HUSAIN, der, an sich der osman. Regierung untertan, im Juni 1916 auf die brit. Seite überschwenkte. In Begleitung von Oberst T. E. LAWRENCE rückte 1917 sein Sohn FEISAL, der spätere König Iraks, mit arab. Truppen zur Unterstützung der von General E. H. H. ALLENBY eingeleiteten Palästina-Offensive in Transjordanien ein und beschleunigte dadurch den Zusammenbruch der türk. Front.

Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt Frankreich Sy-

rien, Großbritannien Palästina und Mesopotamien (Irak) als Mandat des Völkerbunds; 1923 schuf die brit. Regierung Transjordanien (bis dahin Teil Palästinas), 1926 die frz. Regierung Libanon (früher Teil Syriens) als eigenes Mandatsgebiet. Auch im zentralen Bereich der Arab. Halbinsel vollzogen sich starke Veränderungen. Nach Eroberung des Emirats von Hail (1921) und des Königreichs Hidjas (1924-25; mit Mekka und Medina) schuf IBN SAUD, der Herrscher des Wahhabitenreichs, das Königreich Saudi-Arabien. Er löste damit Spannungen zw. seinem Herrscherhaus (→ Wahhabiten) und dem der → Haschimiten aus, die unter brit. Mandats Herrschaft in Transjordanien und Irak die Regierung übernommen hatten. Im S bestand seit 1918 das Königreich Jemen: Aden und das angrenzende Hinterland der S-Küste A.s sowie Oman, die Vertragsstaaten (früher Piratenküste), Bahrain und Kuwait im O standen schon vor dem Ersten Weltkrieg unter brit. Oberhoheit.

Die Vergabe von Konzessionen zur Ausbeutung von Erdölvorkommen brachte einigen Staaten, v. a. ihren Herrscherhäusern, große finanzielle Einkünfte (u. a. Saudi-Arabien, Irak, Kuwait, Bahrain), die jedoch auch der Verbesserung der Infrastruktur dieser Länder (z. B. Straßenbau, Wasserversorgung, Schulwesen) zugute kamen.

In einem in den 20er Jahren beginnenden, über mehrere Jahrzehnte sich hinstreckenden, durch den wachsenden arab. Nationalismus und den Verlauf des Zweiten Weltkriegs beschleunigten Prozeß errangen die abhängigen Länder der Arab. Halbinsel ihre staatl. Unabhängigkeit: Irak 1930/32, Libanon und Syrien 1944, Transjordanien (seit 1949 Jordanien) staatl. Unabhängigkeit: Irak 1930/32, Libanon und Syrien 1944, Transjordanien (seit 1949 Jordanien) 1946, Kuwait 1961, Bahrain und (als Vereinigte Arab. Emirate) die Vertragsstaaten 1971. Der Rückzug Großbritanniens aus Palästina und die Entstehung des Staates Israel 1947 führten zum → Nahostkonflikt, in dem alle arab. Staaten (→ Araber) mit unterschiedl. Intensität engagiert sind.

Im Spannungsfeld islam. Traditionen, arabisch-nationalist. Zielsetzungen sowie europäisch-westl. und sozialistisch-kommunist. Ideen entwickelte sich auf der Arab. Halbinsel eine in sich stark gegliederte Staatenkonstellation mit unterschiedl. polit., wirtschaftl. und kulturellen Interessen; so stehen Syrien und Irak unter einem sich ideologisch bekämpfenden sozialist. Reg.-System, die Arab. Rep. Jemen unter einem nationalist., die VR Jemen unter einem kommunist. Regime. Während sich diese Staaten – mit Ausnahme der Arab. Rep. Jemen – stärker an die UdSSR anlehnen, ist Jordanien prowestlich eingestellt. Saudi-Arabien steht ganz in den islam. Traditionen, neigt jedoch politisch mehr den von den USA geführten Mächten zu.

Nach seiner Einigung mit Ägypten im jemenit. Bürgerkrieg (→ Jemen) errang Saudi-Arabien eine füh-

rende Stellung auf der Arab. Halbinsel. Die fundamentalistisch-islam. Revolution in Iran (1979) und der Ausbruch des → Golfkriegs 1980 zw. Iran und Irak übten auf die ganze Region eine starke polit. Wirkung aus (1981 Gründung des → Golfrats).

ENTDECKUNGSGESCHICHTE

Altertum und christl. MA. besaßen keine zuverlässigen Kenntnisse von A. Die eigentl. Erforschung begann mit der Reise C. NIEBUHRS in den Jemen 1762. 1809 erreichte U. S. SEETZEN, 1814/15 J. L. BURCKHARDT Mekka und Medina. 1843 drang A. VON WREDE in Hadramaut ein. Nord- und Zentral-A. wurden bekannt durch die Engländer W. G. PALGRAVE (1862/63), C. M. DOUGHTY (1876–78), A. und W. S. BLUNT (1878/1879), den Italiener C. GUARMANI (1864) und den Elsässer C. HUBER (1878–84). Süd- und Südost-A. erforschten J. R. WELLSTED 1835/36 und S. B. MILES seit 1870. J. HALÉVY stieß 1870 in Jemen nordwärts über den Djauf bis Nedjran (17° 30' n. Br.) vor. Bedeutendes in der topograph. und epigraph. Erforschung Jemens leistete der Österreicher E. GLASER (1882–94). 1908/12 reisten A. MUSIL im Norden und 1912 der Däne B. RAUNKIÆR im Norden und Osten. Im Ersten Weltkrieg wurden weitere Teile von Hidjas und der südliche Nedjd, u. a. von T. E. LAWRENCE, erkundet. H. S. J. B. PHILBY (»Greatest of Arabian Explorers«) führte 1917 die erste wissenschaftlich ertragreiche Querung der Halbinsel vom Pers. Golf zum Roten Meer durch. 1918 setzte er in Nedjd seine Forschungen fort. 1931 durchquerte, von S nach N, B. THOMAS erstmals das Leere Viertel (Rub al-Chali), in das 1932 auch PHILBY tief eindrang. In Jemen und Hadramaut forschten und kartierten seit 1931 H. VON WISSMANN, D. VAN DER MEULEN und C. RATHJENS. 1945–50 durchzog W. THESIGER Süd- und Südost-A. nach allen Richtungen (erneute Querung der Rub al-Chali). 1951–52 unternahmen PHILBY, G. und J. RYCKMANS und P. LIPPENS eine topographisch wie archäologisch ergiebige Expedition im westl. Zentralarabien. Um die archäolog. Erforschung von Süd-A. machten sich W. F. ALBRIGHT und W. PHILLIPS verdient.

Geheimlehre von H.P. Blavatzky

Abstammung der Araber

210 III. *Flektierende Sprache*: die Wurzel des Sanskrit, das sehr irrtümlich die „ältere Schwester“ des Griechischen genannt wird anstatt seine Mutter — war die erste Sprache, jetzt die Mysteriensprache der Initiierten der fünften Rasse. Die „semitischen“ Sprachen sind die Bastardabkömmlinge der ersten phonetischen Korruptionen der ältesten Kinder des frühen Sanskrit. Die occulte Lehre gibt keine solchen Einteilungen wie die ärische und die semitische zu, und nimmt selbst die turanische nur mit weitgehenden Vorbehalten an. Die Semiten, insbesondere die Araber, sind spätere Ärier — entartet in Geistigkeit und vervollkommenet in Stofflichkeit. Zu diesen gehören alle Juden und Araber. Die ersteren sind ein Stamm, der von den Chandälas Indiens entstammte, von den außerhalb der Kasten stehenden, von denen viele Exbrähmanen waren, welche in Chaldäa, in Sind, und in Aria (Iran) Zuflucht suchten,

und welche wirklich von ihrem Vater A-Bram (Nicht-Brähmane) etwa 8000 Jahre v. Chr. herkommen. Die letzteren, die Araber, sind die Abkömmlinge jener Arier, welche zur Zeit der Zerstreuung der Nationen nicht nach Indien gehen wollten, von denen einige in seinen Grenzländern blieben, in Afghanistan und Kabul*) und den Oxus entlang, während andere nach Arabien vor- und eindringen. Aber dies geschah, als Afrika sich bereits als ein Kontinent erhoben hatte.

789 Aegypter kamen von Arabien

Ägypten ist viel älter als Europa, wie es jetzt auf der Landkarte gezeichnet ist.

dafs „die Zunge des ägyptischen Meeres“, oder das Delta von Unterägypten nur sehr allmählich festes Land wurde, und auf die Hochlande von Abyssinien folgte; ungleich dem letzteren, welches sich, vergleichsweise gesprochen, plötzlich erhob, wurde es sehr langsam gebildet, durch lange Zeitalter, durch aufeinanderfolgende Schichten von Meeresschlamm und von Schlamm, der jährlich aus der durch einen grossen Strom, den gegenwärtigen Nil, herabgeführten Erde abgelagert wurde. Aber selbst das Delta ist als ein festes und fruchtbares Land auch mehr als 100,000 Jahre bewohnt worden. Spätere Stämme, mit noch mehr arischem Blut in sich als ihre Vorgänger, kamen aus dem Osten an, und *eroberten* es von einem Volke, von dem sogar der Name für die Nachwelt, ausgenommen in den Geheimen Büchern, verloren ist. Diese natürliche Schlammbarriere, die langsam und sicher jedes Boot verschlang, welches sich jenen ungastlichen Ufern näherte, war bis innerhalb einiger Jahrtausende v. Chr. die beste Schutzwache der späteren Ägypter, welche es fertig gebracht hatten, dahin über Arabien, Abyssinien und Nubien zu gelangen, angeführt von Manu Vinä zur Zeit des Vishvämitra.**)

So einleuchtend wird das hohe Alter des Menschen mit jedem Tage, dafs sogar die Kirche sich auf eine *ehrenvollen* Übergabe und Rückzug vorbereitet. Der gelehrte Abbé Fabre, Professor an der Sorbonne, hat kategorisch erklärt, dafs die vorgeschichtliche Paläontologie und Archäologie, ohne irgendwie den Schriften zu schaden, soviel Spuren des voradamischen Menschen in den tertiären Schichten entdecken können, als sie wollen.

Nomadenstämme I, 710

Dank der Schrulle einiger deutscher Orientalisten haben englische und amerikanische Sanskritisten die Meinung Professor Webers angenommen, dafs die Völker von Indien vor dem makedonischen Einfall keine Idee oder Kenntnis vom Zodiak hatten, und dafs die alten Hindüs denselben von den Griechen in ihr Land einführten. Verschiedene andere „Autoritäten“ sagen uns ferner, dafs keine Nation des Ostens den Tierkreis gekannt hat, bevor nicht die Griechen ihren Nachbarn gütig ihre Erfindung mitteilten. Und *dies* angesichts des *Buches Hiob*, welches, wie — sogar von ihnen selbst — erklärt wird, das älteste des hebräischen Kanons ist und sicherlich älter als Moses; ein Buch, welches spricht von dem *Machen* des „Arcturus, des Orions und der Plejaden (Osh, Kesil und Kimah) und der Kammern des Südens“*); vom Skorpion und den Mazaruth — den *zwölf Zeichen***); Worten, welche, wenn sie überhaupt etwas bedeuten, eine Kenntnis des Tierkreises selbst unter den nomadischen arabischen Stämmen in sich schliessen. Man behauptet vom *Buche Hiob*, dafs es dem Homer und Hesiod um mindestens eintausend Jahre vorangegangen sei — indem die zwei griechischen Dichter selber ungefähr acht Jahrhunderte vor der christlichen Zeitrechnung (!!) blühten. Freilich könnte, nebenbei bemerkt, einer, der es vorzieht,

Plato zu glauben — der den Homer viel früher blühen läßt — auf eine Anzahl von Tierkreiszeichen hinweisen, die in der *Ilias* und in der *Odyssee*, in den orphischen Gedichten und anderwärts erwähnt werden. Aber seit der Ammenmärchenhypothese einiger moderner Kritiker, daß, ganz abgesehen von Orpheus, nicht einmal Homer oder Hesiod jemals existiert haben, möchte es als verlorene Zeit erscheinen, diese archaischen Autoren überhaupt zu erwähnen. Der arabische Hiob wird genügen; wenn nicht in der That sein Band Klagen zusammen mit den Gedichten der beiden Griechen, zu welchen wir jene des Linos hinzufügen können, jetzt auch für die patriotische Fälschung des Juden Aristobolos erklärt werden sollte. Wenn aber der Tierkreis in den Tagen des Hiob bekannt war, wie hätten die civilisierten und philosophischen Inder mit demselben unbekannt geblieben sein können?